

Neue Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten ♦ Handelsblatt für Mittelddeutschland

erschienen wöchentlich am Donnerstag, am Samstag eine Feilblatt. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land monatlich (einschließlich Post) bei freier Zahlung monatlich M. 25,00, in den Postgebieten abgeholt M. 19,00 monatlich. Die abgelaufenen Postgebühren werden im Voraus bezahlt. Die Adressen: Hallesche Zeitung, 1. Postfach 20.000, Halle a. S., Wilhelmstr. 20.000, im ansonstigen Verkehr M. 2,00. Ref. M. 1.000, Halle a. S. Die Adressen: Hallesche Zeitung, 1. Postfach 20.000, Halle a. S., Wilhelmstr. 20.000, im ansonstigen Verkehr M. 2,00. Ref. M. 1.000, Halle a. S.

Druck- und Verlagsbetriebe: Halle a. S., Neue Druckenerei 1a und Große Druckerei 17. Verlags- und Druckbetriebe: Halle a. S., Druck- und Verlagsbetriebe: Halle a. S., Neue Druckenerei 1a und Große Druckerei 17. Verlags- und Druckbetriebe: Halle a. S., Druck- und Verlagsbetriebe: Halle a. S., Neue Druckenerei 1a und Große Druckerei 17.

Reichsminister Rathenau ermordet!

Gewaltige Erregung im Reichstag / Die sozialistischen Parteien fordern Diktatur und Ausnahmezustand.

Berlin, 24. Juni. Auf Reichsminister Dr. Rathenau ist heute während der Fahrt von seiner Wohnung zu seinen Amtsräumen in der Wilhelmstraße ein Mordanschlag verübt worden. Dr. Rathenau ist tödlich verletzt. Von amtlicher Stelle wird die Ermordung des Reichsministers bestätigt.

An der Wichtigkeit der Nachricht ist nicht mehr zu zweifeln. Das politische Leben Deutschlands, gekennzeichnet durch die wildsten Parteikämpfe, durch veramtungslosen Parteifanatismus, ist um eine neue politische Bahninnstade reicher geworden. Ein neues Glied in der Kette der politischen Morde! Wann wird sie sich endlich schließen? Es ist kaum ein Jahr her, um nur in der neueren Zeit zu bleiben, da wurde Erzberger von überpannten politischen Wirrköpfen tödlich ermordet. Der Mord ist noch nicht gestraft. Die Mörder weilen im Ausland. Man kennt ihre Namen, aber sie entziehen sich dem strafenden Arm der Gerechtigkeit. Vor wenigen Wochen war Scheidemann in Cassel das Ziel eines gleichen politischen Mordanschlags. Zwar machten rechtsstehende Kreise allerlei frivole Bemerkungen über den „Mord mit der Kistchenpistole“, aber auch hier handelt es sich um einen tafelnert ausgeführten Mordanschlag. Es ist ein Jahr her, um nur in der neueren Zeit zu bleiben, da wurde Erzberger von überpannten politischen Wirrköpfen tödlich ermordet. Der Mord ist noch nicht gestraft. Die Mörder weilen im Ausland. Man kennt ihre Namen, aber sie entziehen sich dem strafenden Arm der Gerechtigkeit. Vor wenigen Wochen war Scheidemann in Cassel das Ziel eines gleichen politischen Mordanschlags. Zwar machten rechtsstehende Kreise allerlei frivole Bemerkungen über den „Mord mit der Kistchenpistole“, aber auch hier handelt es sich um einen tafelnert ausgeführten Mordanschlag. Es ist ein Jahr her, um nur in der neueren Zeit zu bleiben, da wurde Erzberger von überpannten politischen Wirrköpfen tödlich ermordet. Der Mord ist noch nicht gestraft. Die Mörder weilen im Ausland. Man kennt ihre Namen, aber sie entziehen sich dem strafenden Arm der Gerechtigkeit. Vor wenigen Wochen war Scheidemann in Cassel das Ziel eines gleichen politischen Mordanschlags. Zwar machten rechtsstehende Kreise allerlei frivole Bemerkungen über den „Mord mit der Kistchenpistole“, aber auch hier handelt es sich um einen tafelnert ausgeführten Mordanschlag.

hofft Hoffnung, daß seiner unermüdeten, durch nichts behinderten Arbeit endlich doch ein voller Erfolg winken müsse zum Segen des Vaterlandes. Ein fluchwürdiges Verbrechen legt unter alle Mühen und alle Erwartungen sich einen Strich!

Die Kunde von dem Verlust dieses hervorragenden Mannes wird im deutschen Vaterlande überall da, wo nicht Parteilebensgefühl blind macht, schmerzhafte Trauer erwecken. Sie ist für unser deutsches Volk eine fürdauernhafte ernste Mahnung zur Selbstbeseelung, eine eindringliche Mahnung, sich zusammenzusetzen gegen alle Extremisten, gleichgültig, ob rechts oder links, die uns nicht zur Ruhe kommen lassen wollen. Nur die gemeinsame Arbeit wird uns zuhelfen können, daß politische Desperados, die vor keinem Verbrechen zurückweichen, die friedliche Entwicklung unseres Vaterlandes nicht entscheidend zu stören vermögen.

Walter Rathenau wurde am 29. September 1867 in Berlin geboren. Sein Vater war der verordnete Begründer der Allgemeinen Elektrizitäts-Gesellschaft (A. E. G.), baron von Rathenau. In Berlin und Straßburg studierte er Physik und Chemie. Die Studien schloß er durch das Doktorat ab. Dann studierte er in München Maschinenbau und praktische Chemie. Seine industrielle Praxis begann er dann als technischer Assistent einer Aluminium-Fabrik in der Schweiz. Im nächsten Jahre erlangte er einen Reife zum Patenten für elektrotechnische Verfahren erwerben, die er von 1893-99 als Leiter der „Elektro-Chemischen Werke“ verarbeitete. Für diese Werke baute er bedeutende Anlagen in Bitterfeld, Rheinfelden, in Polen und in Frankreich. Im Jahre 1899 trat er in die A. E. G. ein als Leiter der Abteilung für den Bau von Anlagen. Er war in der A. E. G. bis zu seinem Tode am 24. Juni 1922 tätig. Er war in der A. E. G. bis zu seinem Tode am 24. Juni 1922 tätig. Er war in der A. E. G. bis zu seinem Tode am 24. Juni 1922 tätig. Er war in der A. E. G. bis zu seinem Tode am 24. Juni 1922 tätig.

R. ist auch schriftstellerisch auf dem Gebiet der Sozial- und Wirtschaftphilosophie hervorgetreten. Von seinen Büchern sind zu nennen: „Impressionen“, „Reflexionen“, „Der Streit der Zeit“, „Der Maßstab des Geistes“ und „Von kommenden Dingen“.

Berlin, 24. Juni. Ueber die näheren Vorgänge bei der Ermordung ist bisher folgendes bekannt: Das Attentat hat heute früh im Gunenwald, Königallee, stattgefunden. Drei vermummete Männer waren dort im Auto dem Kraftwagen des Reichsministers gefolgt und hatten beim Erreichen des Kraftwagens des Ministers mittels Handgranaten das Attentat verübt. Ein Schwiegerjohn des Reichstagsabgeordneten Deuberg soll Zeuge des Vorfalls gewesen sein. Am Reichtag herrschte größte Erregung. Die heutige Reichstagsführung wird nach einer Kundgebung des Reichspräsidenten sofort geschlossen werden. Bei dem Attentat mag auch ein Mordanschlag in Tätigkeit getreten sein, da der Kopf des Ermordeten acht Schüsse aufwies. Die Täter sind mit dem Auto unerkannt entkommen.

Ueber die Stimmung im Reichstag

übermittelt uns die „Dona“ dröhnlich folgende Nachricht: Berlin, 24. Juni. Reichsminister Dr. Wirth hat persönlich die Nachricht vom Reichstagsüberbruch, Hebrill ernie Gefährdung, erregte Gruppen. Die Deutschnationalen sind völlig von der Bildfläche verschwunden. Kein Abgeordneter läßt sich blicken, aus haben k... egen. ... Schuß verfehlt, die Tat zu verheiben, sprach unter andern, die um ihn herumstehen, ein Stimm der Enttäuschung, die sich unter Drohungen mit erhobenen Fäusten Luft machten. Alle Linksparteien fordern die Erziehung einer sofortigen republikanischen Diktatur. Die Regierung wird, wie die Dena hört, auf Antrag der sozialdemokratischen Partei den Ausnahmezustand verhängen. Alle Deutschnationalen und ein Teil der völksparteilichen Wähler sollen verboten werden. Erste Maßnahmen gegen alle Brovokateure sollen von Sondergerichten ausgetüht werden. Die sozialdemokratischen Parteien sind diesmal fest entschlossen, den Bestand der Republik zu wahren. Im allgemeinen glaubt man im Reichstags, daß es sich nur um ein Verbrechen des kommenden monarchistischen Anstandes handelt, der für Ende Juni ausgesetzt ist. Es werden sofort alle Maßnahmen getroffen.

Der Kampf um die Getreideumlage.

Getreidenachmittag wurden die internationalen Bspredungen um die Getreideumlage fortgesetzt, um einem Kompromiß den Weg zu bereiten. Nach längeren Verhandlungen wurden sie auf heute vormittag 9 Uhr vertagt. Es scheint, als ob die Verständigung dahingehen wird, daß die landwirtschaftlichen Bestimmungen bis zu 10 Hektar wollig und bis zu 20 Hektar mit 5 Hektar von der Umlage frei bleiben sollen. Die Preisbewegung ist in der Weite beobachtet, daß der Preis des Umlagegetreides nicht höher als doppelt so hoch wie gegenwärtig bleiben werden soll. Die Sozialdemokraten kämpfen dagegen den Preis des Brotes in diesem Ausmaße festsetzen wollen. Hauptächlich über diese Differenzen soll heute verhandelt werden. Man darf annehmen, daß es dabei zu einem Ausglick kommen wird.

Polnischer Gewinn.

Das polnische Eisenbahnministerium teilt mit: Durch das polnische Oberseeleien-Wirkommen, das am 16. Juni d. J. abgeschlossen wurde, sind Polen 430 Lokomotiven, 700 Waggons, 70 Gepäckwagen für Perlenonische, 170 Gepäckwagen für Güterzüge, 20 000 Güterwagen und 19 000 Waggons für Normalparagrafje zugeproben worden. Außerdem erhält die polnische Staatsbahnverwaltung einen Eisenbahnpark für Schmalpurgleise, der aus 21 Lokomotiven und 3388 Waggons besteht.

Kampf mit polnischen Banditen.

Beuthen, 23. Juni. In der Nacht zum Mittwoch zum Donnerstag wurden Beamte der Aufstimmungsstelle in Bisulph von Polen aus Ruba angegriffen. Die Beamten waren zum evangelischen Kirchhof vor. Die Aufstimmungsstelle vertriebte sich. Von den angetroffenen Beamten wurden vier getötet, außerdem ein unbetieftiger Arbeiter. Die Aufstimmungsstelle hatte keine Verluste.

Die Lage der Klein Schuld Deutschlands.

Die demokratische Fraktion hat folgende Interpellation im Reichstag eingebracht: Die weltliche Kreise unseres Volkes sind erfüllt von dem unübersteiflichen Verlangen, daß der Wortwurf der alleinigen Schuld am Kriege vom deutschen Volk genommen wird. Es handelt sich hierbei nicht nur um die Verschüttung des Verfallenen, sondern um die

schäftliche Erleichterungen, sondern vor allem um eine ethische Frage ersten Ranges. Es kann nicht Friede unter den Völkern werden, solange nicht die Wahrheit über die Schuld am Kriege festgestellt und von allen Völkern anerkannt wird. Der Kriegschuld nach in München hat diesem Verlangen des deutschen Volkes neue Nahrung gegeben. Regierung deutscher Länder haben die Behandlung der Frage durch die Reichsregierung für geboten erklärt. Ferner wird in diesem Zusammenhang die Frage der Auspionierung und Bspiegelung Deutschlands Erwähnung geschehen. Von französischer Seite, u. a. von dem Lager Griesheim bei Darmstadt, wird eine planmäßige Spionage organisiert, die Material über die Bspiegelung Deutschlands liefern soll und vor keinem Mittel zurückstreckt. Auf diese Weise wird das Verhältnis der Nation, das am Verträge von Versailles genügend leidet, noch weiter vergiftet. Wir fragen an: 1. Ist die Regierung bereit, für Aufklärung der Kriegsschuldfrage Sorge zu tragen und den in diesem Sinne angestellten Bemühungen von Organisationen und Privaten den nötigen Nachdruck zu verleihen? 2. Will sie Einspruch gegen die Spionage bei den zuständigen Stellen erheben?

Ein affiner französischer Hauptmann hat in der sehr angesehenen französischen Zeitung „Journal des Debats“ verlangt, daß die letzten noch in Doulon zurückgehaltenen Gefangenen endlich in Freiheit gesetzt werden. Er begründet dies Verlangen damit, daß die den Verurteilten zur Last gelegten Handlungen begangen worden seien, um der heiligen Pflicht zu genügen, wieder zu ihrem Heimatlager zu gelangen. Alle Franzosen, die aus der deutschen Gefangenschaft entlassen seien, müßten seine Ansicht teilen.

Große Rundgebungen gegen den Weichselraub

wurden gestern abend von allen Ortshälften der Weichselniederung auf den Weichselbänken anlässlich der Sonnenweier veranstaltet. Gegen Abend zogen aus allen Ortshälften der ganzen Niederung aus der Stadt Marienwerder ungezählte Menschenmassen im feierlichen Zuge unter Glockengeläute mit Musik und mit deutschen Fahnen nach den Weichselbänken. Um 9½ Uhr abends flammt an der ganzen 44 Kilometer langen Weichselufer ungezügelt Feuer auf.

Eine staatliche Beherbergungssteuer.

Zuschläge für Ausländer. Dem preussischen Staatsrat ist von der Regierung ein Gesetzentwurf über die Besteuerung des Herbergsvertrages durch die Gemeinden zur gutachtlichen Beurteilung zugegangen. Danach ist eine Herbergssteuer in allen Gemeinden mit mehr als 1000 Einwohnern (in Kur- und Bobortorten auch mit weniger Einwohnern) vorgeschrieben. Danach unterliegt das Vermieten von Zimmern oder Wohnungen in Hotels, Gasthäusern, Wirtschaften, Pensionen oder Privatwohnungen zu vorübergehendem Aufenthalt (unter sechs Monaten) einer besonderen Steuer. Ausgenommen sind davon Schüler, Lehrlinge und frane Personen in öffentlichen Anstalten. Die Steuer beträgt bei einem täglichen Gesamteinkommen von mehr als 10 bis einschließlich 75 Mark . . . 15 p. h. von mehr als 75 bis einschließlich 200 Mark . . . 20 p. h. von mehr als 200 bis einschließlich 500 Mark . . . 30 p. h. von mehr als 500 Mark . . . 40 p. h. des Entgelts. Ein tägliches Gesamteinkommen bis zu 10 Mark bleibt steuerfrei. Bei Vermietung von Zimmern oder Wohnungen an Personen, die am 1. Januar 1921 ihren Wohnort nicht in Deutschland geht hatten, beträgt die Steuer das fünffache des regelmäßigen Steuerbetrages. Durch Gemeindebeschluß können die Sätze bis auf das Doppelte erhöht werden. Der Gemeindevorstand kann von der ihm eingeräumten Befugnis, die Steuer aus Billigkeitsgründen ganz oder teilweise zu erlassen, Gebrauch machen.

Gleichstellung der Frauen.

Weibliche Richter und Rechtsanwältinnen. Im Rechtsausschuss des Reichstages wurde am 23. Juni das Gesetz angenommen, daß den Frauen der Zugang zu den richterlichen Stellen und zur Rechtsanwaltschaft ermöglicht. Der Juristenausschuss hat dem Reichstagsausschuss die Frage der Gleichstellung der weiblichen Richter und Rechtsanwältinnen übergeleitet. Die deutsche Volkspartei. Weiter erbat die Rechtsanwaltschaft die Frage der Werdung der Patenngewöhren, die ebenfalls übergeleitet wurden.

Heutiger Stand des Dollars 340.

